

SPD will vernetztes Familienförderungsprogramm – Attraktivität des Standortes nachhaltig sichern

Die Schaffung von familien- und kinderfreundlicher Strukturen ist ein zentrales Element zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Neustadt. Da durch den demographischen Wandel der Altersdurchschnitt der Neustadter Bevölkerung noch weiter zunehmen wird besteht die Notwendigkeit Neustadt auch für junge Menschen und Familien wesentlich attraktiver zu machen. Ziel unserer Familienpolitik ist es, durch die Verbesserung zahlreicher Rahmenbedingungen die Voraussetzung für die Beendigung des „Gebärstreiks“ insbesondere gutausgebildeter, qualifizierter Frauen zu schaffen.

Eine nachhaltige Familienpolitik muss auf kommunaler Ebene folgende Bereiche umfassen:

1. Schaffung von Arbeitsplätzen für qualifizierte Frauen und wesentliche Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Berufstätigkeit.
2. Erstellung und ständige Fortschreibung eines kommunalen Armutsberichtes und daraus abgeleitete Maßnahmen zur Senkung von Schulabbrecherquoten.
3. Schaffung von Ganztagsbetreuungseinrichtungen (Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ganztagschulen) gerade in sozialen Problemgebieten.
4. Schaffung einer entlastenden Infrastruktur im Pflegebereich.
5. Weiterentwicklung neuer Wohnkonzepte durch die WBG und private Träger (Mehr-Generationen-Wohnen, Singlewohnungen, Kinderfreundlicher Wohnraum)

Gerade für qualifizierte Frauen sind folgende Maßnahmen von besonderem Interesse:

1. Kinderfreundlichkeit und Arbeitsplätze

Da kinderfreundliche kommunale Strukturen auch wesentliche Standortfaktoren für die Ansiedlung neuer Unternehmen sind ist eine Kooperation zwischen der heimischen Wirtschaft sowie dem Jugend- und Sozialamt unter der Federführung der WEG erforderlich. Dies wiederum setzt eine deutliche Stärkung der Ressourcenausstattung der WEG voraus.

Ziel ist die Schaffung von (betriebsnahen) flexiblen Kinderbetreuungsangeboten für Familien in denen beide Elternteile arbeiten. Hier gilt es gemeinsam mit interessierten Wirtschaftsbetrieben und Behörden Einrichtungen zu schaffen, die es insbesondere Frauen erleichtern Kinderbetreuung und Beruf besser zu vereinbaren. Für die Unternehmen bietet sich dadurch die Chance, das lokale Angebot qualifizierter Arbeitnehmer/innen besser nutzen zu können.

Gleichzeitig wird insbesondere für qualifizierte Frauen ein Anreiz geschaffen sich für Kinder und Beruf zu entscheiden.

Ein gut ausgebautes auf die Arbeitsanforderungen abgestimmtes Betreuungsangebot für Kinder aller Altersklassen wird damit künftig zu einem wichtigen Standortfaktor in der kommunalen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik.

Die Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze insbesondere für Frauen hat weitere positive Arbeitsmarkteffekte durch eine steigende Nachfrage nach Hilfestellungen im Haushalt.

Hier gilt es auch eine unterstützende Infrastruktur auch für Selbsthilfegruppen (Pusteblume etc.) z. B. durch die kostengünstige Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten von Seiten der Stadt zu schaffen. Die Stadtverwaltung sollte durch die Übernahme von Koordinationstätigkeiten die Bildung weiterer Selbsthilfegruppen fördern.

2. Kommunalen Armutsbericht / Senkung der Schulabbrecherquoten

Auf der anderen Seite gilt ein Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Betreuungs- und Ausbildungssituation von Kindern aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten umzusetzen.

Um eine entsprechende objektive Prioritätenliste zur Durchführung dieser konkreten Maßnahmen zu erhalten spricht sich die SPD für die Teilnahme an dem von Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe, Lehrstuhl für Familienwissenschaften (Universität Gießen) mit Unterstützung der Bertelsmannstiftung entwickelten sozialen Indikatorenprojektes (Kommunaler Armutsbericht) aus.

Gleichzeitig muss orientiert an den Schulabbrecherquoten die begleitende schulpädagogische Arbeit ausgebaut werden. Daher ist eine weitere Ganztagsstelle in diesem Bereich erforderlich.

Ein qualifizierter Bildungsabschluss und eine entsprechende Berufsausbildung sind eine zentrale Voraussetzung um den Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt zu schaffen. Ohne qualifizierten Schul- und Berufsabschluss droht eine langfristige und dauerhafte Sozialhilfe oder Hartz IV-Karriere. Dies hat für die Betroffenen gravierende Auswirkungen:

- a) deutlich geringere Lebenserwartung
- b) starkes Risiko schon im Kindesalter ernährungsbedingt krank zu werden. (z. B. starke Zunahme von Altersdiabetes bei Jugendlichen, Karieshäufigkeit etc.) und damit weiter sinkende generationsübergreifende Chancen auf berufliche Integration verbundene mit einer überproportionalen Steigerung der Gesundheitskosten.
- c) Veränderungen am „Heirats- und Beziehungsmarkt“ steigern das Risiko einer Reproduktion der eigenen Sozialhilfekarriere an die Kinder.
- d) Erhebliche Negativ-Effekte auf die Stabilität der Familienstrukturen, damit einhergehend steigende Suchtgefahren, steigende Gewaltbereitschaft und weiter sinkende Qualifikation durch unkontrollierten Medienkonsum.

3. Schaffung von Ganztagsbetreuungseinrichtungen

(Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ganztagschulen) gerade in sozialen Problemgebieten

Mit Unterstützung des Bundes und des Landes gilt es daher gerade in Stadtgebieten mit unterdurchschnittlichem Einkommen und hoher Arbeitslosenquote das ganztägige Kinderbetreuungsangebot wesentlich zu erweitern. Dies gilt für Krippen- und Hortplätze sowie für die Einrichtung von Ganztagschulen. Hier bieten das Projekt „Soziale Stadt“ und die von der WBG angekündigten Infrastrukturinvestitionen im Stadtteil Branchweiler hervorragende Anknüpfungspunkte.

Aufbauend auf den Aktivitäten des „Bündnisses für Familien“ gilt es ein möglichst umfassendes Beratungsangebot für Eltern über „Basics“ in Erziehungs- und Ernährungsfragen in den Stadtteilen Neustadts umzusetzen, die über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen. Gleichzeitig sollten durch Kindergarten und Schulkooperationen in diesem Bereich alle Möglichkeiten der frühkindlichen Förderung genutzt werden und ein möglichst umfassendes Ganztagsbetreuungsangebot unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern bereitgestellt werden.

Im Rahmen der Ganztagsbetreuung ist eine hochwertige Ernährung von besonderer Bedeutung. Angesichts der erheblichen Folgekosten fehlernährungsbedingter Krankheiten schon im Jugendalter bietet sich kooperatives Modellprojekt mit den in Neustadt ansässigen Krankenkassen an, um einen optimalen Ernährungsplan zu entwickeln und umzusetzen. Sollte über die vom Land geplanten Fördermaßnahmen zur Finanzierung von Mahlzeiten in den Betreuungseinrichtungen hinaus ein weiterer Finanzbedarf entstehen, sollte dieser gemeinsam von den beteiligten Krankenkassen, der Stadt und den Erziehungsberechtigten gedeckt werden.

4. Pflegeinfrastruktur

Die private Pflege von Angehörigen wird bis heute beinahe ausschließlich von Frauen wahrgenommen. Dies stellt gerade für qualifizierte Frauen neben Haushalt und Beruf eine zusätzliche Belastung dar.

Die hohe Attraktivität die Neustadt für Seniorinnen und Senioren hat, bietet jedoch die Chance durch den Ausbau der Pflegeinfrastruktur sowohl neue qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen, als auch die betroffenen Familien (Frauen) zu entlasten und damit ein familienfreundlicheres Klima zu schaffen, daß es ermöglicht, sich bewußt für Kinder zu entscheiden. Gleichzeitig würden von einer derartigen Entwicklung nicht nur die Seniorinnen und Senioren profitieren sondern auch ein Beitrag gegen die Überalterung der Stadt geleistet.

Für die Stadt Neustadt böte die Ansiedlung von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen aus dem Bereich der Altenpflege und der Gerontologie daher weitere Zukunftschancen.

5. Familienfreundliches Wohnen

Die WBG hat die Chancen die sich aus der Konversion der ehemaligen frz. Militärwohnungen ergeben hatten in vollem Umfang genutzt. Das moderne, zielgruppenorientierte Wohnungsangebot der WBG bietet eine hervorragende Ausgangsposition zur konzeptionellen Weiterentwicklung z. B. im Bereich des Mehrgenerationenwohnens. Es gilt die Chancen aus finanziellen Förderprogrammen des Bundes und des Landes bei der Konzipierung von Modellvorhaben in möglichst hohem Umfang zu nutzen.

6. Demografiekonferenz

Um eine nachhaltige Familienpolitik in Neustadt über die Grenzen des Projektes „Soziales Stadt“ und des „Bündnisses für Familien“ auf noch breitere Füße zu stellen soll eine alle zwei Jahre stattfindende Demografiekonferenz die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen reflektieren und gleichzeitig die Chance bieten neueste wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Familien- und Demografieforschung zu vermitteln.

Schlussbemerkungen:

Mit der Gründung eines von der ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) ins Leben gerufenen Bündnisses für Familie in Neustadt, sowie durch das Projekt „Soziale Stadt“ wurden erste wichtige Schritte zum Ausbau der Familien- und Kinderfreundlichkeit der Stadt getan.

Gerade vor dem Hintergrund des Leitbildprozesses gilt es konkrete Schritte für eine langfristig angelegte kommunale Familienpolitik zu entwickeln, die möglichst viele Bereiche des kommunalen Lebens der Stadt umfasst.

Neustadt im Februar 2006

Dr. Wolfgang Ressmann
Stadtverbandsvorsitzender

Gisela Brantl
Fraktionsvorsitzende